(Wirtschaft) übertrifft Klimaziele

06.09.2017

Auf einen Blick

Der neuste Tätigkeitsbericht der Energie-Agentur der Wirtschaft (EnAW) zur Halbzeit der CO2-Umsetzungsperiode bis 2020 ist überaus erfreulich. Die rund 3800 Firmen mit Zielvereinbarungen für Klimaschutz und Energieeffizienz haben ihre Klimaziele für 2020 bereits erreicht. Für das kommende CO2-Gesetz von 2021 bis 2030 fordert economiesuisse eine Öffnung des geltenden Systems: Unternehmen, die eine Zielvereinbarung abschliessen und eine Verminderungsverpflichtung eingehen möchten, sollen dies künftig auch tun können und dafür von der CO2-Abgabe entlastet werden. Damit kann die grösstmögliche Wirkung erzielt werden.

Zielvereinbarungen für den Klimaschutz in Kombination mit einer moderaten CO2-Abgabe sind ökologisch eine Erfolgsgeschichte. Das zeigt der aktuellste Tätigkeitsbericht der EnAW. Per Ende 2016 – und somit zur Halbzeit der zweiten CO2-Periode – konnte eine CO2-Reduktion von insgesamt 400'000 Tonnen verzeichnet werden, was zu einer CO2-Intensität von 91,2 Prozent führt. Im Vergleich zu 1990 hat sich der CO2-Ausstoss der Schweizer Wirtschaft somit um knapp 30 Prozent vermindert. Wirft man einen Blick auf die getätigten Massnahmen beim Stromverbrauch, zeichnet sich ein ähnlich erfreuliches Bild ab. Dank ihnen sparen Schweizer Firmen heute jährlich etwa 2000 GWh ein. Die Energieeffizienz liegt bei 107 Prozent. Die Wirtschaft leistet damit einen bedeutenden Beitrag an den Klimaschutz.

Zielvereinbarung mit CO2-Abgabe erzielt grösste Wirkung

Derartige Verminderungsverpflichtungen sind sowohl ökologisch wie auch ökonomisch Erfolg versprechend. Denn Zielvereinbarungen wirken sich nicht nur positiv auf das Energie-Management eines Unternehmens aus. Insbesondere in Kombination mit einer CO2-Abgabe erhalten die Firmen ein ausgeklügeltes Anreizsystem. Wer CO2-Ausstösse oder Energieaufwände reduziert, spart Kosten und bleibt international wettbewerbsfähig. Ausserdem nimmt die Wirkung der CO2-Abgabe durch eine höhere Anzahl an Unternehmen mit Zielvereinbarungen zu.

economiesuisse fordert offenen Zugang zu Zielvereinbarungen

Für die kommende Gesetzesdekade von 2021 bis 2030 fordert economiesuisse deshalb die Öffnung des heutigen Systems. Das heisst konkret, dass alle Unternehmen eine sogenannte Verminderungsverpflichtung eingehen und die CO2-Abgabe zurückerstattet erhalten können. Sämtliche Einschränkungen (u.a. Schwellenwert, Bagatellgrenze) sind aufzuheben. Dabei sollen die Umsetzungskosten sowie der Vollzugsaufwand möglichst tief gehalten werden. Der Zunahme an Unternehmen mit Zielvereinbarungen ist daher mit einem deutlich schlankeren, koordinierteren Vollzug mit einfacheren Zielvereinbarungen, Standardzielen, Stichproben statt Vollaudits, Gruppenbildungen usw. zu begegnen. Der Vollzugsaufwand soll in einer ähnlichen Grössendimension wie bis anhin zu liegen kommen.

© economiesuisse | www.economiesuisse.ch